



dbb Informationen für Beschäftigte

Öffentlicher Dienst im Krisenmodus: Was Sie jetzt wissen müssen

dbb Informationen für Beschäftigte

Öffentlicher Dienst im Krisenmodus: Was Sie jetzt wissen müssen

Weltweit überschlagen sich im Zuge der Corona-Pandemie die Ereignisse. Auch der öffentliche Dienst ist natürlich betroffen: ganz praktisch, bei der aktiven Bewältigung der Krise. Aber auch grundsätzlich, durch die Beschränkung fast aller Bereiche des öffentlichen Lebens. Der dbb sammelt daher kontinuierlich alle wichtigen Infos für die Beschäftigten.

„Die Menschen in Deutschland können sich auf den öffentlichen Dienst verlassen“, stellte dbb Chef Ulrich Silberbach bereits am 12. März 2020 klar, als

die Lage in Deutschland ernster wurde. Das sei gerade der unermüdlichen Einsatzbereitschaft der Beschäftigten zu verdanken, „die derzeit vielerorts rund um die Uhr alles für die Menschen geben. Unsere Gedanken sind bei den Kolleginnen und Kollegen, und wir wünschen ihnen allen Gesundheit, Kraft und Durchhaltevermögen für die nächsten Tage und Wochen.“

Kann mein Dienstherr beziehungsweise Arbeitgeber mich in den Zwangsurlaub schicken? Welche Regelungen gelten hinsichtlich der Kinderbetreuung? Um die Beschäftigten bei diesen und vielen weiteren Fragen ganz konkret zu unterstützen, hat der dbb wichtige Informationen rund um die Tätigkeiten im öffentlichen Dienst gesammelt und mit aktuellen Nachrichten auf dbb.de/corona veröffentlicht.

amate sowie Tarifbeschäftigte – getrennt aufgeführt. Außerdem gibt es Informationen für Personalräte sowie ein Hintergrundpapier zur Kurzarbeit. Die Themenliste wird selbstverständlich fortlaufend aktualisiert und bei Bedarf erweitert.

Für weitere regional- beziehungsweise berufsspezifische Hinweise empfiehlt der dbb außerdem allen Beschäftigten einen regelmäßigen Besuch auf den Internetseiten ihrer jeweiligen dbb Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften.

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger (leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt

Sachsen: Michael Jung

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Doreen Löser

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: Colourbox

Verlag: DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715.

Anzeigenverkauf: Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714.

Anzeigenposition: Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Preisliste 23, gültig ab 1.10.2019

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern

Alle Infos unter dbb.de/corona

Muss ich weiterhin zum Dienst beziehungsweise zur Arbeit?

Die Hinweise sind aufgrund der unterschiedlichen Rechtsgrundlagen nach den Statusgruppen – Beamtinnen und Be-



Die UNVERZICHTBAREN



„Helfen ist mein Job. Ich bin für Patienten und ihre Angehörigen da - mit Herz, Hand und Kompetenz.“

Keith Justin Arcadio
Krankenpfleger

Weitere **150 Berufsprofile** im Öffentlichen Dienst und **Keith Justin** im
Video-Interview auf: www.die-unverzichtbaren.de



dbb m-v appelliert an Vernunft

„Kürzertreten kann Leben retten!“

Mit Bezug auf die aktuellen Ereignisse im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hat der dbb Landesvorsitzende auf die enorme Bedeutung eines funktionierenden öffentlichen Dienstes hingewiesen.

Egal ob Nachwendezeit, mitunter unnötige Reformen, Finanz- und Flüchtlingskrise oder jetzt die Corona-Pandemie – der öffentliche Dienst gibt alles für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und zeigt damit sehr eindrucksvoll, dass man sich auf den öffentlichen Dienst verlassen kann.

„Die jetzige, noch nie dagewesene Ausnahmesituation verlangt allen Menschen Solidarität, Geduld und Verantwortungsbewusstsein ab“,

betonte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht, „seit Wochen werden insbesondere im Gesundheitssektor Höchstleistungen erbracht und ein Ende ist noch nicht abzusehen.“ Ärzteschaft, Pflegekräfte, Rettungsdienste, Feuerwehren, innere Sicherheit, Justiz, Lehrkräfte, Bedienstete der Gesundheitsämter, Krisenstäbe, Verwaltungen von Bund, Land und Kommunen – alle versuchen, die Krise einzudämmen und zu managen. Dabei zeigen sich gerade im Gesund-

heitsbereich Schwachstellen, die mit einer besseren strukturellen Personal- und Ausstattungssituation hätten vermieden werden können.

Knecht: „Ich kenne kein Krankenhaus und keine Pflegeeinrichtung, wo nicht bereits ohne Corona schon im Normalzustand Krisenstimmung herrschte. Die Kolleginnen und Kollegen dort brauchen all unsere Unterstützung und deshalb appelliert der dbb m-v an die Bürgerinnen und Bürger,

sich Empfehlungen und Weisungen nicht zu verweigern. Es ist eigentlich ganz einfach: Wer jetzt ein bisschen kürzertritt, kann Leben retten.“

Der dbb m-v wünscht allen eine glückliche Hand, die jetzt schwierige Entscheidungen treffen müssen, und dankt allen, die diese Entscheidungen an vorderster Front rund um die Uhr umsetzen müssen.

In einer ihrer täglichen Videobotschaften an die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns dankte auch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig „den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die das tägliche Leben aufrechterhalten“.

dbb Landeshauptvorstand trifft sich in Drewitz

Gewalt gegen Beschäftigte stoppen

Am 24. Februar 2020 traf sich der Landeshauptvorstand des dbb m-v als höchstes Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen zu seiner jährlichen Sitzung in Drewitz im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte.

Da das Thema in jüngster Zeit zunehmend an Aktualität und Brisanz gewonnen hat, beschäftigten sich die Mitglieder des Landeshauptvorstandes auch eingehend mit dem Thema „Gewalt gegen Beschäftigte“ und verabschiedeten einstimmig die nachstehende Erklärung:

„Gewalt gegen Beschäftigte“ Forderungen des dbb m-v anlässlich der Sitzung des Landeshauptvorstandes am 24. Februar 2020 in Drewitz.

Geschlagen, bespuckt oder verbal angegriffen – für Beschäftigte im öffentlichen Dienst, bei Bahn und Post sind solche Vorfälle keine Seltenheit mehr.

Hier nur einige Beispiele aus M-V aus jüngster Zeit: Am 10. Januar 2020 wurden ein Bundeswehrangehöriger und ein Polizist im Bahnhof Ludwigslust angegriffen, am 10. Februar 2020 ist ein Zugbegleiter auf der Fahrt zwischen Rostock und Schwerin angegriffen und verletzt worden und am 16. Februar 2020 war das Fazit eines Polizeieinsatzes in Löcknitz neben verbalen und tätlichen Angriffen drei verletzte Polizisten und am 17. Februar gab es in Greifswald einen Vorfall, bei dem ein Polizeibeamter von einem Mann gebissen wurde und anschließend ärztlich behandelt werden musste. Der dbb m-v verurteilt Angriffe auf die Trägerinnen und Träger un-

seres Gemeinwohls auf das Schärfste und wünscht den Betroffenen alles Gute für eine baldige Genesung.

Gleichzeitig fordert der dbb m-v eine stärkere Sensibilisierung von Politik und Gesellschaft. Die zunehmende Anzahl von Vorfällen darf nicht toleriert werden, dazu gehören selbstverständlich auch Fälle von Gewalt oder deren Androhung gegenüber ehrenamtlich in der Kommunalpolitik Tätigen.

Der dbb m-v fordert

1. einheitliche Standards bei der Registrierung von Straftaten, aber auch bei den

Konsequenzen in der Strafverfolgung als verlässliche Datengrundlage,

2. behörden- beziehungsweise betriebsinterne Erfassung und Unterstützung der Beschäftigten,
3. dass Dienstherrn und Arbeitgeber bei Gewaltdelikten konsequent und ohne Bagatellogrenzen Strafanzeige stellen müssen, um Betroffene zu schützen,
4. konsequentes Durchgreifen der Justiz, keine Einstellung von Strafverfahren wegen angeblich mangelnden öffentlichen Interesses, gegebenenfalls Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften analog zum Beispiel NRW bei gleichzeitiger Verbesserung der Personalsituation in der Justiz

5. präventive Maßnahmen in Behörden und Betrieben, zum Beispiel durch Zugangskontrollen, Alarmsysteme, Notfallpläne, Verbesserung der Ausrüstung, aber auch Aus- und Fortbildung als Gefahretraining,

6. Verbesserung der Möglichkeiten zur Erlangung von Schadensersatz beziehungsweise Schmerzensgeld,

7. Verbesserung der Unterstützung und Betreuung der Opfer sowie Schutz des privaten Umfelds,

8. Verhinderung der Verharmlosung von Übergriffen durch Vorgesetzte und andere Beschäftigte,

9. Benennung fester Ombudsleute und regelmäßiger Austausch zum Thema,

10. Verbesserung des Images der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sowie bei Bahn und Post in der Bevölkerung.

Stärker als bisher wird der dbb m-v als Dachverband auf dieses sensible Thema aufmerk-



sam machen und auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene versuchen, die politisch Aktiven an ihre Verantwortung zu erinnern, das Staatsgefüge aufrechtzuerhalten. ■

Landesjugendtag in Drewitz

Nachwuchs des dbb m-v wählt Landesjugendleitung

Am 25. Februar fand im Van der Valk Naturresort Drewitz, wo tags zuvor auch der dbb Landeshauptvorstand getagt hatte, die offizielle Gründungsversammlung der dbb Jugend m-v statt.

Auf dem anschließenden Landesjugendtag wählten die Delegierten erstmals eine Landesjugendleitung. Vorsitzender der dbb Jugend m-v für die nächsten fünf Jahre ist der duale Verwaltungsstudent Timon Matzick aus der komba gewerkschaft.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden zum einen Lena Bansner aus der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) und Erik Knochenhauer aus der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) gewählt. Außerdem sind mit Lena Stübke und Oliver Nawotke zwei

stellvertretende Vorsitzende aus den Reihen der JUNGEN POLIZEI, der Jugendorganisation der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), gewählt worden.

Auf dem ersten Landesjugendtag wurden zahlreiche Anträge zu Themen beschlossen, die die Jugend im öffentlichen Dienst besonderes bewegen und für die sich die Landesjugendleitung zukünftig einsetzen wird. „Von herausragender Bedeutung für uns alle ist es, dass das Berufsbeamtentum auch in Zukunft durch die Politik gesichert wird. Außerdem



> Die neue Landesjugendleitung des dbb m-v: Erik Knochenhauer, Lena Stübke, Timon Matzick, Lena Bansner und Oliver Nawotke (von links)

steht es mittlerweile leider auf der Tagesordnung in unserer Gesellschaft, dass Menschen, die täglich ihren Dienst für das Gemeinwohl verrichten, Opfer von Übergriffen und Beleidigungen werden. Die Landesjugendleitung setzt sich deshalb dafür ein, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Umgang mit gewaltbereiten Personen geschult werden und ihre Arbeitsplätze entsprechend optimiert werden. Darüber hinaus muss jegliche Form der Gewalt ernst genommen und auf Wunsch des/der Betroffenen zur Anzeige gebracht werden“, so Timon Matzick.

Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht zeigte sich erfreut über den Neustart der Jugendarbeit im dbb m-v. Gleichzeitig dankte er auch Ina Gilow (BDF), Nico Conrad (GdS) und in Abwesenheit auch Susanne Wienke (DSTG), die in den vergangenen Jahren mehr oder weniger als Einzelkämpfer versucht hatten, die Arbeit der dbb Jugend zu beleben.

„Die insgesamt positive Mitgliederentwicklung in den Fachgewerkschaften unter dem Dach des dbb m-v hat erfreulicherweise dazu geführt, dass jetzt ein engagiertes junges Team angetreten ist, die



> Die Vorsitzende der dbb Jugend (Bund), Karoline Herrmann, ließ es sich nicht nehmen, bei der Gründungsversammlung der dbb Jugend in ihrem Heimatverband dabei zu sein und übernahm zudem die Tagungsleitung.

Interessen der jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst unseres Landes zu bündeln und gegenüber der Politik zu vertreten. Darauf sind wir sehr stolz und wünschen der dbb Landesjugendleitung viel Erfolg und alles Gute. Auf unsere Unterstützung könnt ihr jederzeit zählen“, betonte Knecht.

Sowohl zum Landeshauptvorstand am 24. Februar als auch zum Landesjugendtag am 25. Februar ließen es sich das dbb vorsorgewerk und seine Part-



> Die Delegierten des Landesjugendtages mit ihren Gästen, den Mitgliedern der dbb Landesleitung sowie den Vertretern der Wirtschaftspartner

ner BBBank, HUK Coburg, Nürnberger und DBV nicht

nehmen, die Teilnehmenden mit aktuellen Informationen

zu versorgen. Dafür ein herzliches Dankeschön. ■

Konstruktives Gespräch mit Ministerin Bettina Martin

Weiterentwicklung der Schulbildung

Am 4. März 2020 traf sich Bildungsministerin Bettina Martin mit dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht sowie seinem Stellvertreter Michael Blanck (VBE) zu einem Auftaktgespräch über die Zukunft der Schulbildung in unserem Land.

Der dbb m-v hatte trotz der jüngsten Bemühungen der Landespolitik, die Attraktivität des Lehrerberufs zu steigern, dazu aufgefordert. Eingangs erneuerte der dbb m-v seine Kritik an der Schuldenbremse. „Die Bildung in der Gegenwart ist doch nicht weniger wert als die kommende Generationen“, so Knecht, „hier muss weiter investiert werden. Wasser auf den Mühlen sollte auch der in einer aktuellen repräsentativen Umfrage erstplatzierte Wunsch der Bürgerinnen und Bürger Mecklenburg-Vorpommerns sein, die sich mit 83 Prozent eine gute Schul- und Bildungspolitik wünschen.“

Ministerin Martin betonte: „Die Landesregierung gibt der Bildungspolitik sehr hohe Priorität. Deshalb haben wir für die nächsten vier Jahre zusätzlich 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit werden wir spürbare Verbesserungen in den Schulen vor Ort erreichen. Ganz oben steht dabei die Gewinnung und Ausbil-

dung von guten und genügend Lehrkräften. Sehr froh bin ich, dass es auch mit Unterstützung des VBE gelungen ist, ab dem kommenden Schuljahr alle Grundschullehrkräfte im Land auf die A13/E13-Vergütung anzuheben. Ich weiß auch für weitere Schritte den dbb als verlässlichen und stets konstruktiven Partner an meiner Seite.“

Neben dem 200-Millionen-Euro-Paket der Landesregierung wurde über weitere längerfristige Attraktivitätssteigerungen sowohl für junge Menschen, aber auch für die Bestandslehrkräfte debattiert. Dabei wurde vonseiten des dbb selbstverständlich anerkannt, dass im zurückliegenden Jahr bereits einige Probleme wie zum Beispiel die „A13/

E13-Problematik“ aktiv angegangen wurden. Von weiterer großer Bedeutung ist es, dass Qualifikations-, Alters- und Statusgruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Für die im dbb m-v organisierten Verbände VBE, PhV und BvLB ist unter anderem von großer Wichtigkeit, wie es mit der Stundenverpflichtung, die bundesweit mit am höchsten liegt, weitergeht. „Allen ist klar: Eine Durststrecke ist so oder so durchzustehen. Besser man fängt bald damit an, auch um den Betroffenen eine zeitlich positive Perspektive zu geben“, so Knecht.

Der dbb m-v bekräftigte auch seine Haltung, die bereits gegenüber Ministerpräsidentin Manuela Schwesig geäußert wurde, die ältere Generation von Lehrkräften, die durch das Lehrpersonalkonzept empfindliche Einbußen hinnehmen musste, über die Möglichkeit von Zulagen während einer Teilzeit bis zum Erreichen des Rentenalters im Schuldienst zu halten. „Wir haben in dem Gespräch klargemacht, dass wir schnell wirksame Maßnahmen zur Entlastung der Lehrkräfte benötigen, damit dieser Beruf für Lehrer aller Schulformen



> Der stellvertretende dbb Landesvorsitzende und Vorsitzende des VBE M-V, Michael Blanck, Bildungsministerin Bettina Martin und dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht (von links)

und aller Altersgruppen attraktiv bleibt beziehungsweise wird“, betonte Michael Blanck. Schnell war man sich einig, über das gesamte Portfolio von Möglichkeiten zeitnah weiter in Verhandlung zu bleiben.

Nur wenige Tage später, am 11. März, beschloss das Kabinett die Einführung der A13/E13 an Mecklenburg-Vorpommerns Grundschulen. Auch diese Maßnahme wird vom dbb m-v

und seinen Bildungsgewerkschaften ausdrücklich begrüßt: „Damit ist eine weitere Forderung des dbb m-v zur Steigerung der Attraktivität für etwa 2 600 Lehrkräfte in unserem Land erfüllt“, so dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht. „Aber nicht nur die direkt betroffenen Lehrkräfte werden davon profitieren, sondern auch alle diejenigen, die sich erst noch für einen Beruf im Bildungsdienst interessieren

werden. Ein wichtiges Puzzleteil als Wertschätzung und als Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Ländern ist durch die Landesregierung eingefügt worden. Das ist eine gute Nachricht für alle Betroffenen.“ Die Zusatzkosten durch die Einkommensangleichung werden auf etwa 18 Millionen Euro beziffert. Die Finanzierung erfolgt aus dem jüngst verabschiedeten und auf vier Jahre gestreckten 200 Millionen Euro umfas-

senden Paket für bessere Bildung.

In den nächsten Jahren werden jährlich mehrere Hundert neue Lehrkräfte benötigt. Weiterhin wird die Ausbildung der Grundschullehrkräfte reformiert und von neun auf zehn Semester ausgedehnt werden. Die Universitäten Rostock und Greifswald steigern ihre Ausbildungskapazitäten in diesem Bereich. ■

Landesfrauenrat trifft sich in Plau am See

Für Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit

Der Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern (LFR) hatte am 28. und 29. Februar 2020 Vertreterinnen aus über 40 Mitgliedsorganisationen – darunter auch die dbb Landesfrauenvertretung – zur jährlich stattfindenden Klausurtagung nach Plau am See eingeladen.

Die Landesfrauenvertretung des dbb m-v war durch ihre Vorsitzende Brigitte Schroeder sowie Anke Sieg, Frauenbeauftragte des DAAV, vertreten. Die Vorsitzende des LFR, Ulrike

Barthel, erläuterte in ihrer Begrüßung Ablauf und Inhalt der Klausurtagung, die sich in verschiedenen Workshops mit aktuellen Themen der Gleichstellung beschäftigen sollte. Den

Teilnehmerinnen wurden unterschiedliche Workshops angeboten. Von besonderem Interesse für die dbb Vertreterinnen waren die Workshops „Gewinnung, Begeisterung junger Frauen für die Gleichstellungsarbeit“ und „Parität in den Parlamenten“.

Ersteren moderierte Theresa von Jan vom Alternativen Mädchentreff Schwerin e. V., die zu Beginn die gegenwärtige Situation umriss: Das Interesse bei Frauen für Kommunalpolitik nimmt ab, daher ist die Nachwuchsförderung besonders wichtig. Schulen und Universitäten sind Orte, wo man junge Frauen besonders gut erreichen kann. Junge Frauen finden sich momentan in der Politik nicht wieder. Die Frage, warum das so ist, hat viele Ursachen. So gibt es beispielsweise finanzielle Hürden, bei Vollzeitarbeit steht wenig Freizeit zur Verfügung, es fehlen Mittel für selbstorganisierte Strukturen ebenso wie Informationen und Transparenz zu kommunalpolitischen Prozessen. Basiswissen zur Gleichstellung ist herbei als Chance zur Entwicklung neuer Strukturen zu sehen. Besonders wichtig erschien den dbb Frauen hier der Erfahrungsaustausch innerhalb der Netzwerke, wie die dort gut aufgestellte Jugendarbeit und die Frauenvertretungen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes.

Abschließend beschäftigten sich die Teilnehmerinnen der

Klausurtagung mit dem Thema „Sprachfähigkeit für Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit“. Die Moderatorinnen gaben den Teilnehmerinnen Praxistipps an die Hand, wie das Erkennen und Reagieren auf Rechtspopulismus, Antifeminismus und Hassreden. Es wurden weitere Schwerpunkte herausgearbeitet, wie zum Beispiel der Fakt, dass rechtsextreme Jugendliche der Vergangenheit heute rechtsextreme Eltern sind und dass Kitas kaum auf solche Eltern vorbereitet sind. Daher ist es wichtig, diese Themen in die Ausbildung zu integrieren. Besprochen wurden des Weiteren der Einfluss der Digitalisierung sowie Möglichkeiten, die Strategien von Populisten zu erkennen und die eigene Sprachfähigkeit dagegen zu stärken.

Eine umfangreiche Fotodokumentation stellte das Projekt „Dialogräume schaffen“ vor und erläuterte unter anderem die Verbindung von Demokratiebildung und Feminismus.

Die Tagungsteilnehmerinnen bewerteten die Veranstaltung abschließend durchweg positiv und nahmen für die weitere Arbeit in den einzelnen Netzwerken auf dem Weg zur Gleichstellung zahlreiche Impulse mit. Die Klausurtagung fand in Kooperation mit der Leitstelle für Frauen und Gleichstellung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem Frauenbildungsnetz M-V e. V. statt. ■



> Thesen zum Thema Demokratie aus Politik, Kunst, Wissenschaft und Philosophie bildeten die Grundlage für eigene Gedanken und Interpretationen der Teilnehmerinnen.

Leitartikel

Ich habe doch meine Fachgewerkschaft – wozu gibt es noch den SBB?

Im nächsten Jahr wird der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen e. V. auf eine dreißigjährige Vergangenheit zurückblicken können. Dies ist ein Zeitraum, in dem viel passiert ist und wir viel bewegen konnten. Was aber genau ist eigentlich dieser SBB? Und was machen die?

Zuerst ein bisschen Organisatorisches: Der SBB ist gewerkschaftlicher Dachverband für Gewerkschaften und Verbände des öffentlichen Dienstes und dessen privatisierter Bereiche in Sachsen. Und auch der SBB hat einen Dachverband über sich – denn er ist als sächsischer Landesbund wiederum Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion.

Derzeit sind 37 Fachgewerkschaften und Berufsverbände unter dem Dach des SBB organisiert. Und das ist auch schon der erste Unterschied zur Mitgliedsgewerkschaft. Während die Fachgewerkschaften Einzelmitglieder organisieren, sind es beim SBB die Vereine, also die Gewerkschaften und Verbände. Sie werden in der Regel durch ihre Vorsitzenden im Landesvorstand des SBB vertreten. Dieser tagt zweimal im Jahr und ist das höchste Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen.

Auf dem Gewerkschaftstag des SBB, der alle fünf Jahre stattfindet, wird die Landesleitung des SBB gewählt, welche derzeit aus der Vorsitzenden Nannette Seidler und sieben gleichberechtigten Stellvertreter*innen besteht. Die Landesleitung führt die laufenden Geschäfte des SBB, tatkräftig unterstützt von den Kolleginnen der Dresdner Geschäftsstelle.

Die Vielfalt der Gewerkschaften im SBB, deren verschiedenen Mitgliedergruppen und Erfahrungen, die damit diversen und doch unter einem Dach gebündelten Kompetenzen machen die Stärke des SBB aus. Denn als gewerkschaftlicher Dachverband ist der SBB gefragter, aber eben manchmal auch gesetzlich normierter Ansprechpartner in Politik und Verwaltung, insbesondere wenn es um übergreifende Themen des öffentlichen Dienstes in Sachsen geht.

Jedes Mal, wenn ich mir die Bandbreite der SBB-Gewerkschaften anschau, bin ich wieder erstaunt, wie viele Berei-

che hier abgedeckt werden. Nehmen auch Sie sich einmal diese Zeit, die Vielfalt unter www.sbb.de zu entdecken – Sie werden ganz sicher viel Neues und Überraschendes entdecken.

Um diese vielen Kompetenzen zu bündeln und um an den wichtigsten Themen stetig und zielgerichtet zu arbeiten, bestehen im SBB weitere Gremien.

Zuerst sind hier unsere Querschnittsvertretungen zu nennen, welche in der Satzung des SBB verankert sind – die SBB Jugend, SBB Frauen und SBB Senioren. Diese speziellen Vertretungen wurden geschaffen, um den spezifischen Interessen einzelner Personengruppen aus (nahezu) allen Mitgliedsverbänden Rechnung zu tragen. Diese Gremien bündeln Themen aus allen Bereichen unseres öffentlichen Dienstes und so setzen sich auch die Leitungen der Querschnittsver-

tretungen aus gewählten Mitgliedern verschiedenster Gewerkschaften zusammen.

Und während die jungen Mitglieder im SBB Fragen wie die der Ausbildung, der Digitalisierung oder der zukunftsfähigen Gestaltung unseres Arbeitsumfeldes beackern, sind es bei den Senioren eher Themen der gerechten Altersversorgung. Die Frauen bearbeiten Themen wie Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Sicher werden viele von Ihnen hier direkt etwas finden, was Ihnen am nächsten ist. Es liegt in der Natur der Sache, dass nicht alle gleichermaßen von allem betroffen oder für alles zu begeistern sind.

Wichtig für die Arbeit des SBB sind aber auch die verschiedenen Grundsatz- und Fachkommissionen, die sich ebenfalls aus Einzelmitgliedern der Gewerkschaften zusammenset-



> Die Landesleitung des SBB seit November 2019

© SBB (2)

zen. Für uns als SBB Beamtenschaft und Tarifunion gibt es natürlich zunächst zwei wichtige Grundsatzkommissionen (GK), deren Vorsitzende direkt in der Landesleitung gesetzt sind – die GK Beamtenschaft und die GK Tarifrecht. Beide Bereiche spiegeln die beiden Statusgruppen der vom SBB vertretenen Beschäftigten wider: Beamte und Arbeitnehmer. Und während die einen (Tarifrecht) vor allem bei Einkommensrunden gemeinsam mit dem dbb lautstark und engagiert in den Vordergrund treten, sind die anderen (Beamtenschaft) stetig aktiv, wenn es um regelmäßige Anhörungen zu geplanten Gesetzesänderungen im sächsischen Beamtenschaft geht.



> Das höchste Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen: der SBB-Landesvorstand, vertreten durch die Vorsitzenden der 37 Mitgliedsgewerkschaften, hier während einer Sitzung im Kloster Nimbschen

Bei beiden Themen zeigt sich die Bedeutung und Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Dachverbandes deutlich: Tariffähig und gewerkschaftlicher Spitzenverband im Sinne normierter Verhandlungen, Beteiligungen und Anhörungsrechte ist eben regelmäßig nicht eine einzelne Gewerkschaft, sondern zumeist der Dachverband. Dieser beteiligt natürlich seine Mitglieder, aber nur in dieser Konstellation und Gemeinsamkeit werden wir gehört.

Mit den wichtigen Themen Mitbestimmung (nach Sächs-PersVG und BetrVerfG) sowie Rechtsschutz besetzt der SBB zwei weitere Grundsatzkommissionen.

Die Unterstützung unserer Betriebs- und Personalräte in der täglichen Arbeit ist uns dabei genauso wichtig wie die aktuelle Information und individuelle Gewährung von Rechtsschutz der Einzelmitglieder. Wenn es zum Beispiel nun zeitnah zu einer Überarbeitung des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes kommen soll, ist es gut, ein solch spezialisiertes Gremium zu haben, welches sich in die inhaltliche Ausgestaltung und zuletzt in die Gesetzgebung einbringt.

An dieser Stelle sind noch unsere beiden Fachkommissionen zu nennen, die sich den Themen Sicherheit und Bildung widmen. Dabei ist Sicherheit hier kein Thema für klassische Sicherheitsbehörden, sondern eines, was alle angeht. Wie können Übergriffe auf Kolleginnen und Kollegen verhindert, wie kann die Sicherheit im Berufsleben verbessert werden? Das Thema Bildung ist dabei ebenso ein umfassendes: Von der Schule über Ausbildung bis zum lebenslangen Lernen, all dies sind Bereiche, in denen unsere Mitglieder Gesprächs- und Veränderungsbedarf angemeldet haben.

Der SBB und alle Untergliederungen haben letztlich nur ein Ziel: gemeinsam viel für ihre Mitglieder zu erreichen. Und obwohl der Dachverband keine Einzelmitglieder hat, stehen diese mit ihren Ansprüchen und Bedürfnissen doch im Mittelpunkt allen Arbeitens. Denn die Besprechungen in den Sitzungen der Gremien erfolgen nicht zum Selbstzweck. Vielmehr resultieren daraus Standpunkte und Arbeitspapiere, die in vielen, vielen Gesprächen an den Politiker oder die Verwal-

tungsvertreterin gebracht werden.

Ebenso schaffen wir im SBB Plattformen für den Austausch untereinander und mit Entscheidungsträgern – so beispielsweise der Parlamentarische Abend, dem Tag der offenen Tür in der Hochschule Meißen oder unsere traditionelle Präsentation am „Tag der Sachsen“... Vernetzung ist eine wichtige Grundlage unserer Arbeit. Wir organisieren thematische Tagungen, Kongresse und Seminare, zuletzt zur Ansprache (potenzieller) junger Mitglieder und zum Beamtenschaft.

Natürlich sind wir auch mit unserem Dachverband dbb eng verbunden und vernetzt. Bundesvorstand, Bundeshauptvorstand, Bundestarifkommission, Beamtenschaftlicher Koordinierungsausschuss – das sind nur einige der Plattformen unserer Zusammenarbeit.

Unbedingt benennen möchte ich an dieser Stelle auch die exklusive Zusammenarbeit des SBB mit dem dbb vorsorgewerk. Alle Mitglieder unserer Gewerkschaften und Verbände können Infoveranstaltungen

und Vorträge zu vielfältigen Themen abrufen, und das nicht nur in Dresden, sondern überall in Sachsen. Weil uns alle Mitglieder wichtig sind, weil wir für alle einen Mehrwert bieten wollen aus ihrer Mitgliedschaft in ihrer Fachgewerkschaft und damit im SBB.

Zusammenfassend will ich die Frage stellen: Brauche ich denn neben meiner Gewerkschaft überhaupt diesen Dachverband SBB? Klare Antwort: unbedingt! Auch wenn Sie es oft gar nicht direkt merken, wenn Sie Informationen von „Ihrem“ Verband bekommen, so steckt doch ganz viel SBB und dbb dahinter.

Es gäbe noch so viel mehr zu berichten. Über unsere Arbeit informieren wir auf unserer Website, im dbb regionalmagazin, über Instagram, bald auch bei Facebook und gerade nagelneu über unseren Newsletter. Ich lade Sie herzlich ein, uns zu folgen, uns zu liken, uns zu beobachten und uns zu begleiten.

Gemeinsam können wir einfach mehr erreichen!

Nannette Seidler
SBB-Landesvorsitzende

Nachwahl beim Landesjugendausschuss

Die SBB Jugend startet neu durch

Am 6. und 7. März 2020 traf sich die Landesjugendleitung (LJL), die beim Landesjugendtag im Januar 2020 neu gewählt wurde, in der SBB-Geschäftsstelle.

Unser Ziel war vor allem, uns neu zu konstituieren und gemeinsam unsere Arbeit und neue Projekte zu planen. So machten wir uns am Freitagnachmittag auf den Weg nach Dresden und starteten um 17 Uhr mit der Landesvorsitzenden Nannette Seidler und deren Ausführungen zu Strukturen in SBB und dbb in unser Gewerkschaftswochenende.

Wir, die neue LJL, haben dieses Wochenende genutzt, um die Planung für weitere Aktionen und das Auftreten der SBB Jugend zu besprechen: Wer sind wir? Wie wollen wir uns präsentieren? Was sind die wichtigsten Themen? Wo gibt es vielleicht noch Potenzial? Und vor allem: Wie wollen wir dies alles umsetzen? Fragen über Fragen – aber im Lauf unserer Klausurtagung fanden wir auch immer mehr Antworten. Nach Brainstorming und der einen oder anderen Diskussion haben wir uns Stück für Stück ein Konzept erarbeitet. Natürlich haben wir alle Aufgaben definiert, strukturiert und Zuständigkeiten verteilt – so vielfältig hatten wir uns das gar nicht vorgestellt.

Die individuelle Betreuung unserer Jugendverbände durch feste Ansprechpartner ist nur eine der Ideen, um eine bestmögliche Informationsverteilung zu gewährleisten. Denn immer wieder hören wir von jungen Kolleginnen und Kollegen, dass diese nicht alle wichtigen Informationen erhalten. Ein Beispiel hierfür war das Gewinnspiel zum Tag der Sachsen letzten Jahr. Kaum ein junges Mitglied unserer Fachgewerk-



> Kommunikation über soziale Medien wird in der zukünftigen Arbeit der LJL eine große Rolle spielen.

schaften fand den Weg zu uns. Das soll in diesem Jahr in Aue anders werden. Wir als SBB Jugend wollen zukünftig einen besseren Kontakt zu „unseren“ Jugendvertretungen knüpfen, denn nur so können wir eure Themen und Probleme direkt mitnehmen.

Natürlich haben wir auch mögliche Aktionen für die nächste Zeit besprochen. Aber da können wir leider noch nicht zu viel verraten. Vielleicht so viel: Ein großes Ziel ist es, ein eigenes Seminar mit interessierten und engagierten jungen Gewerkschafter*innen aus den Reihen der SBB-Mitglieder zu organisieren. Junge Mitglieder fit zu machen, ihnen die Grundlagen gewerkschaftlicher Arbeit zu vermitteln und uns dabei noch besser kennenzulernen, das ist der SBB LJL wichtig. Für unser Seminar haben wir schon mal ein Wochenende im Oktober ins Auge gefasst – wir werden euch auf dem Laufenden halten.

Die regelmäßige Teilnahme am Tag der Sachsen ist für uns ein Muss. Auch wenn dieser in die-

sem Jahr nicht wie geplant stattfindet: Wer von unseren jungen Kolleg*innen unsere Fußballmannschaft im Spiel gegen den FC Landtag aktiv unterstützen will, ist herzlich eingeladen, sich zu melden. Denn die Landesleitung legt wohl großen Wert darauf, dass der Wanderpokal in der SBB-Geschäftsstelle bleibt, wie wir erfuhren.

Feste Termine gibt es auch schon: So werden wir wieder

beim Tag der offenen Tür in der Hochschule Meißen am 19. September 2020 dabei sein. Hier suchen wir wieder Unterstützer der Gewerkschaften, die dort ausbilden. Unseren Landesjugendausschuss 2020 planen wir gerade für November in Chemnitz. Auch da haben wir uns einen interessanten Rahmen ausgedacht – mal gucken, ob alles klappt, was wir uns vorgenommen haben.

Über unsere Arbeit und einzelne Termine berichten werden wir auf unserer Website unter www.sbb.de/jugend und hier im Magazin. Aber auch in den sozialen Medien des SBB wollen wir einen festen Platz einnehmen. Also schaut regelmäßig bei uns vorbei. Zu all unseren Veranstaltungen seid ihr jedenfalls bereits jetzt herzlich eingeladen!

Wenn ihr Fragen an uns oder Vorschläge für uns habt, freuen wir uns über jede Kontaktaufnahme unter jugend@sbb.dbb.de.

*Johannes Seidler,
Mitglied der
Landesjugendleitung*



> Johannes, Jasmin und Natalie (von links) erarbeiten ihre jeweiligen Zuständigkeiten.

Rechtsschutztag in Dresden

Beauftragte treffen Dienstleistungszentrum Ost

Am 4. März 2020 veranstaltete der SBB zusammen mit dem Dienstleistungszentrum (DLZ) Ost einen Rechtsschutztag in Dresden. Neben den Rechtsschutzbeauftragten waren für das DLZ Rechtsanwalt Marcus Nolte und Rechtsanwalt Carsten Weithmann zu Gast.

Das DLZ Ost vertritt die Mitglieder der dbb Mitgliedsgewerkschaften vor Gericht, setzt rechtliche Interessen durch und berät. Diese Rechtsschutzgewährung spielt in der gewerkschaftlichen Praxis eine große Rolle und ist den Mitgliedern äußerst wichtig. Die Rechtsschutzbeauftragten der Mitgliedsgewerkschaften arbeiten dabei eng mit dem DLZ Ost zusammen.

Die Zahl der Fälle steigt in den letzten Jahren und war schon 2019 Anlass dafür, neue Checklisten und Arbeitshilfen in die rechtliche Beratungspraxis einzuführen. Ein guter Grund, nun 2020 erneut das Gespräch mit

dem DLZ Ost zu suchen und zu sehen, ob die neuen Arbeitshilfen die Schnelligkeit und den Service verbessert haben. Zudem war es schon seit Längerem ein Wunsch des DLZ Ost, die Rechtsschutzbeauftragten noch besser kennenzulernen und weiter in die fachliche Diskussion zu treten.

Beim Rechtsschutztag in Dresden wurde schnell klar, dass es eine Menge zu bereden gibt. So informierte Rechtsanwalt Nolte darüber, dass in Befristungsfällen für das Entstehen des Rechtsschutzfalles auf den Arbeitsbeginn oder die Unterzeichnung des Vertrages – abhängig davon, welches Ereignis

zuerst eintritt – abzustellen ist. Ein besonderer Kernpunkt der Diskussion war auch das Einreichen von fehlenden beziehungsweise verspätet eingereichten Unterlagen durch die Mitglieder. In solchen Fällen kann das DLZ Ost häufig eine ordnungsgemäße Vertretung vor Gericht nicht mehr sicherstellen. Daher hat das DLZ eine Ermächtigung in § 11 Abs. 2 b der Rahmenrechtsschutzordnung (RRSO) des dbb. Danach kann dann das DLZ Ost den Auftrag, den Rechtsschutz durchzuführen, ablehnen oder das Mandat für diesen Auftrag an die Mitgliedsgewerkschaft zurückgeben. Gibt das DLZ Ost den Auftrag zurück, liegt der

Ball wieder bei der Mitgliedsgewerkschaft, konkret beim Rechtsschutzbeauftragten. Dieser muss dann prüfen, ob er seinerseits die weitere Rechtsschutzgewährung ablehnt. Das kann im Einzelfall knifflig sein.

Die Diskussionsrunde war sich einig, dass es hier hilfreich ist, wenn der Rechtsschutzbeauftragte in seiner möglicherweise ebenfalls ablehnenden Letztentscheidung aufgrund der Statuten seiner Gewerkschaft auf eine Vorschrift wie in der angesprochenen RRSO verweisen kann. Die Rechtsschutzbeauftragten nahmen daher als Hausaufgabe mit, in ihren Statuten nochmal zu prüfen, inwieweit das möglich ist.

Vielen Dank allen Teilnehmern!

*Norbert Maroldt,
Vorsitzender der SBB Grundsatzkommision Rechtsschutz*



© Norbert Maroldt

> Teilnehmer des Rechtsschutztages des SBB

Interview zur Personalratswahl

„Den Druck durch die Beschäftigten verstehe ich als positiven Antrieb“

Personalräte bewegen sich in einem Spannungsfeld zwischen den Interessen der Kolleginnen und Kollegen und denen ihres Arbeitgebers. Darüber hinaus müssen sie, sofern sie nicht freigestellt sind, den Spagat zwischen dem Personalratsmandat und ihrer beruflichen Tätigkeit meistern. Keine leichte Aufgabe. Das dbb regionalmagazin hat eine Kandidatin und einen Kandidaten befragt, die sich für ein Personalratsmandat bewerben.

Petra Höllmann kandidiert für den örtlichen Personalrat im Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt sowie für den Hauptpersonalrat des Ministeriums für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt. Ihre Heimatgewerkschaft ist die Deutsche Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) Sachsen-Anhalt.

Mario Blödtner, dessen Heimatgewerkschaft der Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR) Sachsen-Anhalt ist, kandidiert für den Hauptpersonalrat bei dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung Sachsen-Anhalt.

dbb regionalmagazin: Warum kandidieren Sie für den Personalrat und mit welchen Zielen treten Sie zur diesjährigen Wahl an?

Petra Höllmann: Ich kandidiere auf der Liste der DVG. Sie ist auch meine Heimatgewerkschaft. Mit ihren Zielen identifiziere ich mich. Die Interessen der Beschäftigten bei Organisationsänderungen unter Rücksichtnahme sozialer Belange stehen für mich an erster

Stelle. Ferner werde ich mich für eine aufgabengerechte Personalausstattung ohne zunehmende Arbeitsverdichtung und Mehrarbeitszeit einsetzen.

Auch werden vom Arbeitgeber gerne mal gesetzliche Regelungen umgangen oder auch nicht angewendet. Hier ist ein starker Personalrat gefordert, der die Beschäftigten aufklärt und dem Arbeitgeber „Paroli“ bietet. Ebenso soll die Wertschätzung unserer Beschäftigten gelebt werden. Das Miteinander, das Arbeiten auf Augenhöhe, muss wieder im Mittelpunkt stehen.

Mario Blödtner: Für mich gehört Gewerkschafts- und Personalratsarbeit zusammen. Deshalb bin ich seit dem Bestehen von Personalvertretungen im Land in verschiedenen Gremien Mitglied gewesen. Darüber hinaus ist die Mitbestimmung ein wesentliches Instrument bei der Entwicklung des Landes, an der ich gern teilhaben möchte. Die Personalratsarbeit bietet darüber hinaus über die vertrauens-



> Petra Höllmann



> Mario Blödtner

volle Zusammenarbeit viele weitere Gestaltungsmöglichkeiten. Mein Ziel ist es in diesem Jahr, wieder Mitglied des Hauptpersonalrates und dessen Vorsitzender zu werden.

dbb regionalmagazin: Personalräte stehen nicht selten von zwei Seiten unter Druck. Die Beschäftigten und der Dienstherr haben oft unterschiedliche Auffassungen zur Personalratsarbeit. Ein schwieriges Feld?

Petra Höllmann: Im Hinblick auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Dienststelle und Personalrat habe ich bisher positive Erfahrungen gemacht. Wichtig ist immer, miteinander zu reden und kompromissbereit zu sein. Als Personalrat sehe ich mich als Vermittler zwischen den Beschäftigten und den Dienstherrn.

Mario Blödtner: Es ist nur rein äußerlich ein schwieriges Feld. Letztlich ist der Personalrat Vermittler zwischen den „Fronten“. Aber auch diese Aussage stimmt nur bei einer rein oberflächlichen Betrachtung. Der Personalrat bestimmt mit und ist Kontrollorgan. Macht er seine Aufgabe richtig und ernsthaft, steht er auch nicht unter Druck. Die Dienststelle hat nämlich überhaupt kein Instrument, auf den Personalrat Druck auszuüben, und den Druck der Beschäftigten verstehe ich persönlich als positiven Antrieb.

dbb regionalmagazin: Die Arbeit verdichtet sich, neue Aufgaben kommen hinzu, an Ausstattung und Personal wird gespart. Wie kann hier der Personalrat entgegenwirken?

Petra Höllmann: Der hohen Arbeitsintensität muss begegnet

Die Dienststelle hat überhaupt kein Instrument, um auf den Personalrat Druck auszuüben.

Der öffentliche Dienst muss in die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten investieren.

werden. Das bedeutet enorme Herausforderungen, die nur bewältigt werden können, wenn alle Akteure einbezogen werden, denn die Beschäftigten sind die Expertinnen und Experten für ihre Arbeitsbedingungen und wissen selbst am besten, wo Handlungsbedarf besteht. Neben einem angemessenen Entgelt sind auch die Rahmenbedingungen der Arbeit wichtig. Zum Beispiel sind moderne Arbeitszeitmodelle und effektive Einarbeitungskonzepte hilfreich. Zudem kann ein effektives betriebliches Gesundheitsmanagement sein Weiteres tun.

Mario Blödtner: Der Personalrat ist Kontrollorgan. Insoweit muss er permanent prüfen, ob die Personalausstattung ausreichend ist. Sollte das anders sein, kann und muss er die sachgerechte Ausstattung einfordern. Wird dem nicht entsprochen, muss er für den Schutz der Beschäftigten in Bezug auf eine zu hohe Belastung am Arbeitsplatz sorgen. Dafür steht eine Vielzahl von Mitteln zur Verfügung. Ich nenne nur den arbeitsmedizinischen Dienst, den Beauftragten für Arbeitsschutz und auch die Gewerbeaufsicht.

dbb regionalmagazin: Bei vielen Beschäftigten macht sich Resignation und Burn-out breit. Kann der Personalrat hier helfen und wie sieht es in Ihrem Bereich aus?

Petra Höllmann: Sicher gibt es auch in der Landesverwaltung Beschäftigte, die sich „vergessen“ und nicht wertgeschätzt fühlen. Ferner ist die Team-

arbeit in den letzten Jahren aufgrund des hohen Arbeitspensums auf der Strecke geblieben. Hier bietet sich der Personalrat immer als Gesprächspartner an und sucht gemeinsam mit den Betroffenen nach Lösungswegen. Auch werden vom Dienstherrn entsprechende Kurse angeboten, die den Beschäftigten helfen, mit bestimmten Lebenssituationen umzugehen. Aber auch hier gilt: miteinander Reden und zwischen Beschäftigten und Dienstherrn vermitteln. Des Weiteren sehe ich ein effektives betriebliches Gesundheitsmanagement als unabdingbar. Wenn der öffentliche Dienst künftig im Wettbewerb bestehen will, muss er in die Gesundheit und Leistungsfähigkeit seiner Beschäftigten investieren. Denn diese sind die wertvollsten Ressourcen in Zeiten von demografischem Wandel und drohendem Fachkräftemangel.

Mario Blödtner: Zahlen zur Beantwortung der Frage liegen mir nicht vor. Allerdings gibt es diese Erscheinungen offensichtlich. Es steht im engen Zusammenhang mit Ihrer dritten Frage. Die dort genannten Mittel müssen konsequent ge-

nutzt werden. Darüber hinaus dienen Gespräche mit den Dienstvorgesetzten auch einer Zielzuführung. Ein bei den Beschäftigten ungeliebtes und zu selten angewandtes Mittel sind Überlastungsanzeigen. Hier müssen die Beschäftigten durch die Personalvertretungen ermutigt und unterstützt werden.

dbb regionalmagazin: Wo sehen Sie aktuell akuten Verbesserungsbedarf für die Beschäftigten in Ihrem Bereich und wie wollen Sie diese Situation verbessern?

Petra Höllmann: Auch die Landesverwaltung Sachsen-Anhalt ist von Alterung und Fachkräftemangel betroffen. In den letzten Jahren wurden immer weniger junge Beschäftigte eingestellt, während das Durchschnittsalter der Beschäftigten stetig ansteigt. Das Leistungsvermögen gerade dieser älteren Beschäftigten wird immer wichtiger. Es gilt, ihre Arbeitsfähigkeit und Motivation zu erhalten, um wichtige Erfahrungen und Kompetenzen zu sichern. Einen ganz wesentlichen Beitrag, um ältere Beschäftigte verlässlich und langfristig an sich zu binden, sehe ich in der Einführung moderner Arbeitszeitmodelle. Zwar gibt es bereits Arbeitszeitmodelle, die halte ich aber durchaus für ausbaufähig. Viele wollen Beruf, Enkel, Pflege von Angehörigen und so weiter gut miteinander vereinbaren. Flexible Arbeitszeiten oder Teilzeit können genauso attraktiv sein wie zum

Beispiel Altersteilzeit oder Lebensarbeitszeitkonten.

Ferner sehe ich dringenden Handlungsbedarf hinsichtlich der Schulung von Führungskräften. Moderne Führung stellt hohe Anforderungen an Führungskräfte, auch in zwischenmenschlicher Hinsicht. Wertschätzend führen und wertschätzend handeln ist eine Frage der persönlichen Haltung. Sensibilisierung hierfür ist der erste Schritt. Hier müssen spezielle Trainings und Workshops angeboten werden.

Mario Blödtner: Die Beschäftigten fühlen sich sehr häufig alleingelassen und unverstanden. Hier sehe ich vor allem Verbesserungsbedarf bei Personalgesprächen. Ein ungezwungener Austausch sollte doch eigentlich häufig stattfinden. Die Führungskräfte müssen darauf besser vorbereitet und geschult werden. Darüber hinaus fehlt es sehr häufig an gezielten Perspektiven. Auch dafür dienen Personalgespräche, die die notwendigen Informationen liefern können.

dbb regionalmagazin: Gewerkschaften beraten und begleiten die Personalräte. Welche Unterstützung erwarten Sie von Ihrer dbb Gewerkschaft?

Petra Höllmann: Ich erwarte natürlich, dass mich die DVG in allen rechtlichen Fragen und bei der Durchsetzung unserer gemeinsamen Ziele unterstützt. Auch wünsche ich mir einen länderübergreifenden Ideenaustausch für neue Ideen und Impulse zu bestimmten Themen. Auch rund um die Wahl und im Wahlkampf hoffe ich auf Unterstützung meiner Heimatgewerkschaft.

Mario Blödtner: Vom BDR erhalte ich jede notwendige Unterstützung und auch Information. Allerdings würde ich mir einen regelmäßigen Gedankenaustausch und Kontaktpflege unter den HPR-Vorsitzenden wünschen. ■

Wertschätzend führen und wertschätzend handeln ist eine Frage der persönlichen Haltung.

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) Sachsen-Anhalt Justizvollzug wirbt um Personal

Rund 300 Aussteller kamen auch in diesem Jahr im Januar zur Berufsfindungsmesse „Chance“. Der BSBD Sachsen-Anhalt war zum zweiten Mal im Zusammenhang mit der Kampagne zur Gewinnung von Nachwuchs für den sachsen-anhaltischen Justizvollzug dabei. Initiator der Kampagne ist das Ministerium für Justiz und Gleichstellung.

„Die ‚Chance‘ ist eine ideale Plattform, um geeignete Fachkräfte für die Zukunft zu finden“, sagte Mario Pinkert, Vorsitzender des BSBD Sachsen-Anhalt. Fachkräftegewinnung bleibe eine große Herausforderung im öffentlichen Dienst, die es zu bewältigen gelte. Deshalb seien persönliche Kontakte zu potenziellen Auszubildenden und Fachkräften heute wichtiger denn je.

Was muss man für eine duale Ausbildung im Justizvollzug an Voraussetzungen mitbringen und wie funktioniert das Bewerbungsverfahren? Wie gestaltet sich das alltägliche Leben im Justizvollzug? Viele Fragen, denen sich engagierte Kolleginnen und Kollegen auf der Bildungsmesse stellten. Sie gaben einen praxisbezogenen Einblick in den Arbeitsalltag eines interessanten, vielseitigen



> Engagierte Kolleginnen und Kollegen stellen sich den Fragen auf der Bildungsmesse.



> Mario Pinkert mit seinem Team Julia Herrmann (Jugendanstalt Raßnitz) und Anja Geier (Ministerium der Justiz) (von links)

und verantwortungsvollen Berufes und hilfreiche Tipps für eine erfolgreiche Bewerbung.

Hintergrund: Die Marke „Chance“ behauptet auch 2020 ihren ersten Platz als größte Ausbildungs-, Job- und Gründermesse des Landes Sachsen-Anhalt. Die „Chance“ bringt die Akteu-

re und sämtliche Bereiche zusammen und hilft Schülern, Umschülern, Studenten, Berufseinsteigern, Fachkräften und auch potenziell Selbstständigen bei der Findung ihrer beruflichen Zukunft. Das Motto „Zukunft selbst gestalten“ ist Programm und Aufforderung zugleich. ■



Wir wünschen allen Lesern
**Frohe
Ostern**

Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Sachsen-Anhalt

Im Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten Andreas Schmidt

Der Vorstand der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) sowie Mitglieder aus den Ortsverbänden Dessau-Roßlau, Stendal, Quedlinburg und aus dem Ministerium der Finanzen Sachsen-Anhalt trafen am 27. Februar 2020 den Landtagsabgeordneten Andreas Schmidt (SPD) in Magdeburg zu einem Meinungsaustausch.

Neben den personellen und technischen Problemen in der Finanzverwaltung ging es um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes. „Dass sich die immer viel gelobte Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Praxis oft schwieriger gestaltet, sollte uns veranlassen, auch hier nochmals den Fokus auf Verbesserung zu lenken“, sagte Iris Herfurth, Landesvorsitzende der DSTG. „Wenn wir aufgrund von Personalmangel, IT-Problemen und unzureichenden Rahmenbedingungen ins Schleudern geraten, können wir in Sachsen-Anhalt das Licht ausknipsen.“



> Mitglieder der DSTG im Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten Andreas Schmidt (8. von links)

Aus Sicht der DSTG sei eine wirkungsvolle Attraktivitäts-offensive für den öffentlichen Dienst unumgänglich. Der öffentliche Dienst müsse fortentwickelt werden, die Attraktivität für neue Beschäftigte weiter erhöht werden. Um mehr Menschen, vor allem junge Leute, für den öffentlichen Dienst zu gewinnen, seien Anreize zu schaffen, die vor allem auch Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege ermöglichen.

Aber es gehe um noch mehr, nämlich um die Wertschätzung. Konkret: die wahrgenommene Wertschätzung. „In der Arbeitspsychologie bedeutet das, einen Menschen in seinen Fähigkeiten, Bedürfnissen und Leistungen wahrzunehmen, das Positive an ihm zu entdecken und in ihm zu wecken“, betonte Herfurth. ■

Corona-Pandemie

Gesetzentwurf zur Verschiebung der Personalratswahlen 2020 vorgelegt

Die regelmäßigen Personalratswahlen nach § 26 Abs. 1 des Landespersonalvertretungsgesetzes Sachsen-Anhalt in der Zeit vom 1. März bis 31. Mai 2020 sollen wegen der nicht absehbaren Entwicklung der Corona-Pandemie nicht stattfinden, die bestellten Wahlvorstände im Amt bleiben und alle Bekanntmachungen des Wahlvorstandes und bereits eingereichte Wahlvorschläge aufgehoben werden.

Für die derzeit im Amt befindlichen Personalvertretungen soll die Amtszeit über den 31. Mai 2020 hinaus bis zur Wahl einer neuen Personalvertretung verlängert werden, längstens bis zum 31. Dezember 2020. Die Regierungsfractionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die

Grünen haben am 30. März 2020 einen mit dem Beamtenbund abgestimmten entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. Er wurde zur Beratung in den Finanzausschuss überwiesen. Dazu sagte dbb Landeschef Wolfgang Ladebeck: „Dass die Regierungs-

fraktionen unsere Initiative aufgegriffen und einen Gesetzentwurf zur Verschiebung der Personalratswahlen aufgegriffen haben, beweist die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Legislative und Gewerkschaften, besonders auch in Krisenzeiten. Die Be-

kämpfung der Pandemie, die Aufrechterhaltung von Sicherheit, Ordnung und Daseinsvorsorge haben jetzt absolute Priorität. Deshalb, und nicht zuletzt zum Schutz der Bediensteten, ist die Verschiebung der Personalratswahlen alternativlos.“ ■

Junger tl

Schule im Ausnahmezustand: Unterricht in Zeiten der Corona-Krise

16

Thüringen

Plötzlich überschlagen sich die Nachrichten: Während am 12. März 2020 das Thüringer Bildungsministerium (TMBJS) noch mitteilte, dass alle Schulen im Freistaat Thüringen geöffnet bleiben, kam am Tag darauf – einem Freitag – um kurz nach 14 Uhr die Meldung, dass landesweit ab dem 17. März 2020 alle Schulen und Kindertageseinrichtungen im Freistaat schließen müssen.

Dabei handelte es sich vermutlich um eine Reaktion auf die Schulschließungen in den anderen Bundesländern. Diese Meldung kam, als die meisten Lehrerinnen und Lehrer bereits zu Hause waren – mit der Konsequenz, dass diese nun das Wochenende nutzen mussten, um den Unterricht so weit vorzubereiten, dass man am Montag den Schülerinnen und Schülern Unterrichtsmaterialien mit nach Hause geben konnte. Mit der aktuellen Krise ist eine Zeit angebrochen, in der uns der Digitalisierungsrückstand auf die Füße fällt. Ein Hoch auf die zahlreichen Kopierer in den Thüringer Schulen, die am Montag auf Hochtouren liefen.

Die Meldungen aus dem Ministerium und die Meldungen, die

einige Schulleiterinnen und Schulleiter an die Kollegen rauschickten, überschlugen sich – teilweise widersprachen sie sich sogar. Warum Thüringen überhaupt die Schülerinnen und Schüler am Montag nochmals in die Schule schickte, ist für viele unklar. Aus dem TMBJS gab es klare Aussagen: Die Aufgaben der Lehrkräfte beschränken sich beispielsweise auf die Notbetreuung von Kindern, deren Eltern in systemrelevanten Berufen arbeiten sowie auf die Unterrichtsvor- und -nachbereitung.

Interessant ist an dieser Stelle, wie unterschiedlich die verschiedenen Schulen im Land mit der Krise beziehungsweise mit den Meldungen aus dem Bildungsministerium umgehen. So liegen dem thüringer

lehrerverband (tlv) Informationen über Schulen vor, die während der Schließzeit schulinterne Fortbildungen durchführen. In Zeiten der Corona-Krise ist das sicherlich nicht im Sinne des Bildungsministeriums und auch nicht im Sinne der Bundesregierung, die als oberstes Ziel die Kontaktvermeidung sieht. Andere Schulleiter hingegen möchten, dass ihre Lehrkräfte während der regulären Unterrichtszeit anwesend sind. Warum man ein Kollegium allerdings gemeinsam in eine Schule setzt, wenn keine Schüler anwesend sind, ist für viele nicht nachvollziehbar.

Weiterhin wissen wir von Schulen, die das Lernmaterial ausschließlich in Papierform zur Verfügung stellen und beispielsweise in der Aula ausle-

gen. Das bedeutet, dass alle Schülerinnen und Schüler dieser Schulen einmal wöchentlich angehalten sind, das Material abzuholen beziehungsweise durch die Internetseite auch dazu aufgefordert werden, bereits fertig bearbeitete Aufgaben in der Aula abzugeben. Das hat zur Folge, dass die Schülerinnen und Schüler dann doch einmal wöchentlich in der Schule sind, um nach neuen Aufgaben zu schauen und bereits Erledigtes abzugeben. Ein Türgriff, der von mehr als 300 Personen angefasst wird, ist sicherlich ein guter Überträger von Viren.

Unser Bildungsminister Helmut Holter twitterte am 19. März 2020, dass er immer noch Schülergruppen auf der Straße umherlaufen sieht. Vielleicht sind diese aber auch nur auf dem Weg in die Schule, um ihr Material abzuholen, weil ihre Schule noch nicht im digitalen Zeitalter angekommen ist.

Aber es gibt auch viele Kolleginnen und Kollegen, die in dieser

Zeit kreativ sind und verschiedene Onlineplattformen zur Vernetzung mit ihren Schülerinnen und Schülern nutzen. Seit Jahresbeginn haben alle Lehrkräfte in Thüringen Zugang zu einer dienstlichen E-Mail-Adresse – wenigstens ein Lichtblick in Zeiten des Digitalisierungsrückstands. So kann man wenigstens über E-Mail-Verteiler mit seinen Schülerinnen und Schülern in Kontakt sein. Vom E-Learning oder der Stoffvermittlung über andere Plattformen sind wir jedoch weit entfernt. Hier können wir froh sein, dass wir doch einige junge Kolleginnen und Kollegen haben, die als „Digital Natives“ mit der Technik aufgewachsen sind und diese zielgerichtet einsetzen können. Die dbb jugend bund fordert seit Längerem, dass die jungen Kolleginnen und Kollegen in die Digitalisierungsprozesse des öffentlichen Dienstes einzubinden sind.

Ob und wie der Lernstoff, der von den Schülerinnen und Schülern zu Hause bearbeitet wird, kontrolliert werden kann beziehungsweise auch Noten verteilt werden können, lässt das Bildungsministerium offen – die jeweiligen Schulleitungen sollen dies entscheiden. Auf der Internetseite des Bildungsministeriums sieht man, dass die Schulpflicht für diese Zeit ausgesetzt ist, was eine Benotung rein rechtlich sicherlich schwierig gestaltet. Weiterhin ist nicht sichergestellt, dass die Aufgaben tatsächlich von den Schülerinnen und Schülern allein gelöst werden.

In diesen Zeiten merken wir, dass seit Jahren der Digitalisierungsprozess einfach verschlafen wurde. In Thüringen arbeiten gerade einmal 20 Schulen in einer Pilotphase mit der Thüringer Schulcloud. Laut unserem aktuellen Stand soll dies jetzt schnellstmöglich für alle Schulen ausgerollt werden – wir bleiben gespannt.

Die technische Ausstattung an den meisten Schulen ist er-

schreckend. Hier hat der öffentliche Dienst erheblichen Nachholbedarf. Wir können von Glück sprechen, dass die Lehrerinnen und Lehrer im Freistaat an ihren privaten Rechnern Aufgaben erstellen, Arbeitsblätter zusammenstellen und meist auch noch privat ausdrucken – ein Prozess, der in der freien Wirtschaft wohl undenkbar wäre. „Ärgerlich sind die selbstverschuldeten Hindernisse“, kritisierte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach. „Seit Jahren fordert der dbb eine Digitalisierungsoffensive für den öffentlichen Dienst. Schauen Sie mal in (...die) Schulen (...). Die technische Ausstattung und IT-Architektur sind oft furchtbar veraltet.“ Ein digitales und mobiles Arbeiten ist hier meist einfach nicht umsetzbar.

Neben der digitalen Infrastruktur ist auch die entsprechende Schulung von Kolleginnen und Kollegen einfach auf der Strecke geblieben. Mir nützen in Zeiten von Schulschließungen keine interaktive Tafel und auch kein flächendeckendes WLAN an der Schule. Die Digitalisierung von heute benötigt

Lernplattformen zum Austausch, schnelle und einfache Kontaktwege und keine E-Mail-Lösung, die beim gleichzeitigen Zugriff von ein paar Hundert Lehrern bereits eine Fehlermeldung anzeigt und einfach nicht abrufbar ist. Es ist doch selbstverständlich, dass gerade ältere Lehrerinnen und Lehrer in diesen Zeiten an ihre Grenzen kommen – keiner hat ihnen jemals gezeigt, wie man eine Aufgabenstellung inklusive entsprechendem Material online zur Verfügung stellt. Hinzu kommt, dass an vielen Schulen die Plattform dafür fehlt oder die Bereitschaft nicht da ist, das Material passwortgeschützt auf der Internetseite hochzuladen. Es ist erschreckend, aber uns sind auch Schulen bekannt, an denen die Zurverfügungstellung von Onlinematerial zwar technisch möglich ist, die Schulleitung dies aber nicht wünscht. Digitalisierung und Unterricht im Jahr 2020 sehen anders aus.

Erfreulich hingegen ist der offene Umgang der Schülerinnen und Schüler mit neuen Lernplattformen und der aktuellen Situation. So ist es für die Schü-

ler doch nichts Neues, sich online ein Video anzuschauen, sich etwas aus dem Netz herunterzuladen oder moderne Medien zu nutzen. Ich denke, die größte Herausforderung für Schülerinnen und Schüler wird die Selbstorganisation sein. Wann erledige ich was? Schreibe ich mir selbst einen Lernplan? Bleiben wir gespannt und hoffen darauf, die Schulen bald wieder öffnen zu können. Die Mischung aus unterschiedlichen Methoden macht es, und die grüne Schultafel ist dabei sicherlich auch hilfreich.

Wir können außerdem nur hoffen, dass diese Krise auch etwas Gutes hat und endlich alle Akteure begreifen, dass die Digitalisierung im öffentlichen Sektor und in den Schulen nicht vernachlässigt werden darf. Spätestens nach der Schließzeit müssen alle Schulen schnellstmöglich mit der entsprechenden Technik ausgestattet werden.

*Tim Reukauf,
Sprecher Junger tlv,
stellvertretender
Landesjugendleiter
dbb jugend thüringen*

Corona-Krise

Absage Gewerkschaftstag

Aufgrund der aktuellen, von uns nicht beeinflussbaren Entwicklung der Corona-Pandemie wurde der für den 23. und 24. März 2020 geplante ordentliche VII. Gewerkschaftstag des tbb in Friedrichroda abgesagt.

Auf den letzten Metern, quasi in der letzten heißen Phase einer Großveranstaltung, die eine Planung von rund einem Jahr voraussetzte, musste der tbb seinen Modus von „Vorbereitung Gewerkschaftstag“ auf den

Modus „Absage Gewerkschaftstag“ umschalten. Der Thüringer Beamtenbund erwägt eine Verschiebung des Gewerkschaftstages. Sobald die Situation positiv zu bewerten ist, werden neue Einladungen versendet.

Die jetzige Landesleitung bleibt vorerst im Amt, bis irgendwann neu gewählt werden kann. „Die jetzige, noch nie dagewesene Ausnahmesituation verlangt allen Menschen Besonnenheit, Geduld und Rücksichtnahme

ab“, betonte der stellvertretende Landesvorsitzende des tbb, Frank Schönborn. „Jeder Mensch – egal ob vom Virus infiziert oder nicht – ist aktuell von Corona in irgendeiner Weise persönlich betroffen. Wer jetzt vernünftig agiert und sich nach den Zielvorgaben des Robert Koch-Instituts einschränkt, kann Leben retten.“
#WirBleibenZuhause.

Außerordentlicher Landesseniorentag 2020

Neuwahl des tbb Seniorenvorstandes

Am 4. März 2020 haben die Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter der Fachgewerkschaften einen neuen Vorstand gewählt. Der bisherige Landesseniorenvorsitzende Burkhard Zamboni wurde einstimmig im Amt bestätigt.

Beim außerordentlichen Landesseniorentag lag Spannung in der Luft. Parallel zur Seniorenwahl stimmte der Thüringer Landtag erneut über die Vakanz des Thüringer Ministerpräsidenten ab. Nach jedem Wahlgang im Landtag unterbrach die Tagungsleitung den Landesseniorentag, um den Ausgang der Wahl zu verfolgen.

Nicht minder aufregend verlief der außerordentliche Landesseniorentag 2020. Als Gäste konnten Helmut Liebermann (Vorsitzender des Thüringer Beamtenbundes) sowie Christian Bürger (Landesjugendvertreter der Thüringer Jugend) begrüßt werden.

Inhaltlich wurde der Landesseniorentag mit dem Ziel einberufen, die Ordnung und Wahlordnung der Senioren zu

ändern, um den geänderten Anforderungen an die heutige Zeit gerecht zu werden: Gab es bislang lediglich zwei Seniorenvertreter im Vorstand, sollten laut neuer Ordnung der Senioren vier Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter den Seniorenvorsitzenden unterstützen – ausgehend von dem Hintergrund, dass im Krankheitsfall eine Beschluss-

fähigkeit gewährleistet werden soll.

Zur Wahl des Seniorenvorsitzenden stellte sich Burkhard Zamboni (komba) erneut und wurde einstimmig im Amt bestätigt.

Gleich fünf Seniorenvertreter bekundeten Interesse an der ehrenamtlichen Tätigkeit im tbb-Seniorenvorstand. Die Delegierten stimmten in zwei Wahlgängen über ihre Vertreter ab. Folgende Stellvertreter wurden gewählt:

- > Erste Stellvertreterin: Regina Biertümpfel (DSTG)
- > Zweiter Stellvertreter: Detlef Wagner (tlv)
- > Dritter Stellvertreter: Peter Heide (komba)
- > Vierter Stellvertreter: Frank Herzig (BTB)



> Der neue Seniorenvorstand (von links): Peter Heide (komba), Detlef Wagner (tlv), Regina Biertümpfel (DSTG), Burkhard Zamboni (komba), Frank Herzig (BTB)

Die tbb-Seniorenvertretung ist damit für die Zukunft gut positioniert. ■

Aktuelle Neuerungen für Tarifbeschäftigte und Beamte

Thüringer Reisekostengesetz geändert

Das Thüringer Reisekostengesetz wurde geändert. Aufgrund von rechtlichen Änderungen sowie von Anforderungen aus der Praxis wurde daher auch eine Überarbeitung der Verwaltungsvorschriften zum Gesetz erforderlich.

Die Sechste Änderung der Verwaltungsvorschriften zum Thüringer Reisekostengesetz vom 24. Februar 2020 beinhaltet unter anderem folgende wesentliche Änderungen:

- > Anpassung von zeitlichen Zumutbarkeitsgrenzen für den Beginn und das Ende der Dienstreise oder Aus-/Fortbildungsreise;
- > Wegfall der Erstattungsmöglichkeit der Anschaffungskosten

von BahnCards, die aus privaten Gründen beschafft wurden;

- > Anhebung der Höchstbeträge für die Erstattung von Übernachtungskosten (Städtekatalog);
- > Anpassung der Hinweise bei der Beantragung von Dienstreisen.

Durch diese Änderungen wurden außerdem die Formblätter für die Beantragung und Abrechnung von Dienstreisen so-

wie Aus- und Fortbildungsreisen aktualisiert. Auch wurde ein neues Formblatt zur Abrechnung von Tagegeld bei

Auslandsdienstreisen eingeführt. Diese sollten ab sofort genutzt werden. ■



tlv thüringer lehrerverband

30 Jahre tlv – die Festveranstaltung

Am 29. Februar 2020 beging der tlv den 30. Jahrestag seiner Gründung. Das eigentliche Gründungsdatum ist der 13. Februar: An diesem Tag im Jahr 1990, einem Dienstag, fand in Saalfeld die Urversammlung mit rund 200 Lehrerinnen und Lehrern statt, die schließlich zur offiziellen Verbandsgründung führte.

Zu der Feier, die direkt im Anschluss an die Frühjahrsklausur des Landeshauptvorstands stattfand, hatte der tlv gut 100 Gäste geladen. Neben langjährigen Mitgliedern der Kreisverbände waren das die Ehrenmitglieder sowie Vertreter aus der Politik und von verschiedenen Partnerorganisationen. Das Kommen der Abgeordneten aus allen demokratischen Parteien des Landtags war insofern bemerkenswert, als dass der Gastgeber im Zuge der politischen Ereignisse am und nach der Ministerpräsidentenwahl am 5. Februar alle politischen Grußworte von der Agenda genommen hatte.

Die Feierlichkeiten fanden im „Victor's Residenz-Hotel“ in Erfurt statt. Los ging es um 11 Uhr mit einem Sektempfang im Foyer. Eine Stunde später eröffnete die stellvertretende Landesvorsitzende Anne Leinhos die Festveranstaltung und lud die Anwesenden zu einer Gedenkminute für den im November 2019 nach schwerer

Krankheit verstorbenen Bernd Fröhlich ein.

Das Herzstück der Feier bildeten die beiden Podiumsgespräche, bei denen der Landesvorsitzende Zeitzeugen und tlv Mitglieder der ersten Stunde zu ihren persönlichen Erinnerungen befragte: Susanne Beutel, Kjell Eberhardt, Axel Freyer, Uwe Köhler, Helmut Liebermann, Gerd Maier, Jürgen Nowak sowie Dr. Albin Dannhäuser, den Ehrenpräsidenten des BLLV.

Eine klare politische Botschaft sandten der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann und auch der tlv Landesvorsitzende Rolf Busch aus. Die aktuelle politische Lage in Thüringen lasse ihn „ein wenig ratlos zurück“, so Udo Beckmann in seinem Grußwort. Die Einigkeit in Deutschland sei noch immer keine Selbstverständlichkeit – aber „eine starke und laute Zivilgesellschaft“, zu der auch der tlv gehöre, mache Hoffnung. Beckmann lobte das En-



© Fred Hamann (tlv) (2)

> Eröffnungsrede durch den tlv-Landesvorsitzenden Rolf Busch.

gagement des tlv, der von Anfang an ein starker und verlässlicher Partner des VBE gewesen sei.

Der tlv Landesvorsitzende Rolf Busch mahnte in seiner Rede

mehr Zusammenhalt an – auch über Parteigrenzen hinweg. Die Politiker seien viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt und würden daher die drängenden bildungspolitischen Probleme vernachlässigen, obwohl ausnahmslos alle Parteien die Bekämpfung des Lehrermangels in ihren Wahlprogrammen stehen hatten. „Wir sind heute weiter weg von der Unterrichtsgarantie als jemals zuvor. Statt sich in gegenseitigen Schuldzuweisungen zu verlieren und damit letztlich den Rechtspopulisten Aufwind zu geben, müssen die demokratischen Parteien des Landtags die Lösung der Probleme gemeinsam angehen. Und zwar jetzt.“

Juliane Moghimi,
tlv Pressereferentin



> Zeitzeugen und Mitglieder der ersten Stunden.

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

Für den Notfall – Ein Dokumentenordner für Jung und Alt

Was Sie davon haben:

Die dbb bundessenorenvertretung hat beschlossen, diesen Dokumentenordner herauszugeben, damit ihre Mitglieder und deren Angehörige für den Notfall gewappnet sind. Die Mappe erleichtert es, wichtige Unterlagen und Informationen zusammenzustellen und zu ordnen.

Der Ordner enthält u. a. Vorlagen zu folgenden Themen:

- Vorsorgedokumente/Vertrauenspersonen
- laufende Verpflichtungen
- Versicherungen
- Verträge etc.

So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit untenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-Mail oder über unseren Onlineshop mit.

**€ 7,90* je Ordner**

ISBN: 978-3-87863-215-3

* inkl. MwSt. und Versandkosten

BESTELLCOUPON

Zuschicken oder faxen

- Exemplar/e „Für den Notfall – Ein Dokumentenordner für Jung und Alt“ (€ 7,90 je Ordner inkl. MwSt. und Versand)
- Verlagsprogramm

Name _____

Anschrift _____

Telefon/E-Mail (freiwillig) _____

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: dbb verlag gmbh, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 0 30/726 19 17-23, Fax: 0 30/726 19 17-49, E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de

Werbeseinwilligung: Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich die dbb verlag gmbh über eigene Produkte (gedruckte und elektronische Medien) und Dienstleistungen über den Postweg oder per E-Mail informiert. Die von mir gemachten freiwilligen Angaben dürfen zu diesem Zweck gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Der werblichen Verwendung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen, entweder durch Mitteilung per Post an die dbb verlag gmbh, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, per E-Mail an vertrieb@dbbverlag.de, per Fax an 0 30/7 26 19 17-49 oder telefonisch unter 0 30/7 26 19 17-23. Im Falle des Widerspruchs werden Ihre Angaben ausschließlich zur Vertragserfüllung und Abwicklung Ihrer Bestellung genutzt.

Datum/Unterschrift _____

dbb verlag gmbh

Friedrichstraße 165 · 10117 Berlin

Telefon: 0 30 / 7 26 19 17-23

Telefax: 0 30 / 7 26 19 17-49

E-Mail: vertrieb@dbbverlag.deInternet: www.dbbverlag.deOnlineshop: shop.dbbverlag.de